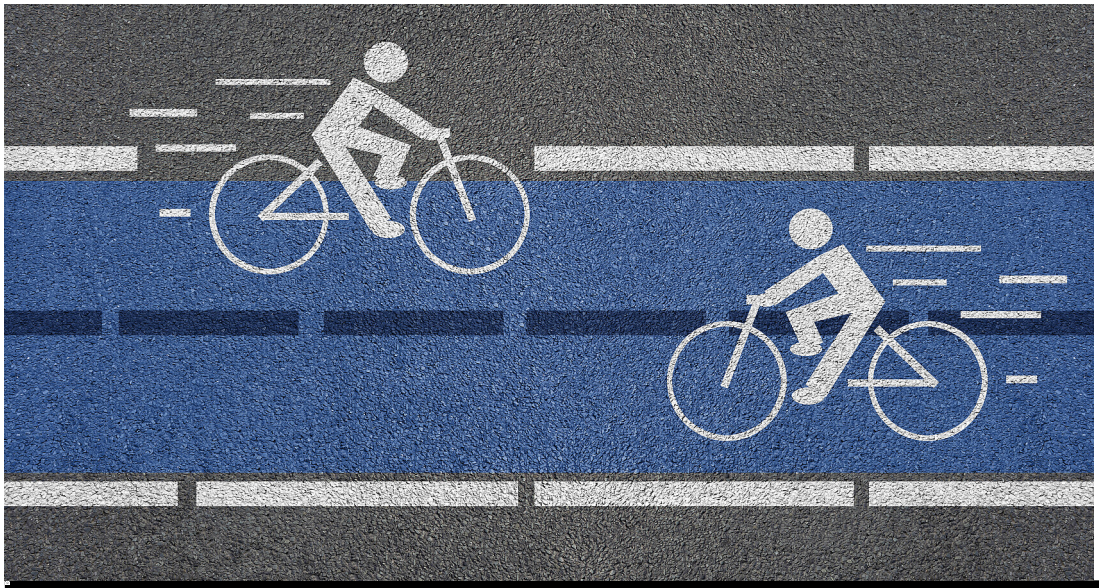
Pressemitteilung

Radschnellverbindung Stuttgart – Bietigheim-Bissingen: Förderzusage des Bundes

25.11.2022

Regierungspräsidentin Susanne Bay: „Radschnellwege sind ein zentrales Element der Verkehrswende. Ich freue mich über die Förderzusage in Höhe von 585.000 Euro“



Puntostudiofoto Lda

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat für die Radschnellverbindung Stuttgart – Bietigheim-Bissingen (RS 21) eine Zusage des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr über die Förderung der Planungskosten erhalten. Der Bund beteiligt sich mit einem Fördersatz von 75 Prozent an den förderfähigen Kosten der Maßnahme.

Regierungspräsidentin Susanne Bay sagte anlässlich der Förderzusage: „Radschnellwege sind ein zentrales Element der Verkehrswende. Durch gut ausgebaute, sichere und schnelle Radverbindungen sollen zukünftig noch deutlich mehr Pendlerinnen und Pendler motiviert werden, vom Auto auf das Fahrrad oder Pedelec umzusteigen. Ich freue mich daher über die Förderzusage in Höhe von 585.000 Euro. Damit können die Planungen für die etwa 14 Kilometer lange Radschnellverbindung von Stuttgart nach Bietigheim-Bissingen vorangetrieben werden.“

Michael Theurer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Verkehr: „Mit der Förderung des Radschnellwegs investiert der Bund in eine leistungsfähige, sichere und attraktive Infrastruktur zwischen Stuttgart und Bietigheim-Bissingen. Die direkte Radverbindung ist insbesondere für Pendlerinnen und Pendler attraktiv und schafft ein neues klimafreundliches Mobilitätsangebot in der Region."

Der RS 21 soll in Stuttgart-Zuffenhausen im Anschlussbereich der Ludwigsburger Straße/B27a an der B27 beginnen. Im weiteren Verlauf wird die Radschnellverbindung über die Städte Kornwestheim und Ludwigsburg bis zum Bahnhof in Bietigheim-Bissingen geführt. Dort hat er Anschluss an das RadNETZ Baden-Württemberg.

Weitere Informationen zum Thema Radschnellwege finden Sie beim Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg.

Kategorie:

Abteilung 4 Förderprogramme Mobilität Radverkehr Regierungspräsidentin Verkehr